

Sozialpolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE. Sachsen

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 21. Juli 2012

Beschlüsse:

1. Der Landesvorstand reicht die Sozialpolitischen Leitlinien als Leitantrag an den 7. Landesparteitag ein.
2. Der Landesvorstand fordert dazu auf, dass Änderungsanträge so zeitig wie möglich eingereicht werden (über die Landesgeschäftsstelle), so dass sie Gegenstand der innerparteilichen Diskussion und insbesondere der im September geplanten Regionalkonferenzen sind.
3. Die an den 6. Landesparteitag eingereichten Änderungsanträge und die zwischenzeitlich in der Landesgeschäftsstelle eingereichten Änderungsanträge werden im Vorfeld des Landesparteitages sowohl auf den Regionalkonferenzen als auch im Landesvorstand behandelt. Eine Übersicht der uns vorliegenden Änderungsanträge ist am Ende des Dokumentes zu finden.
4. Die Grundsatzkommission und die AntragstellerInnen formulieren im Nachgang der Konferenz am 7. Juli 2012 zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen einen Änderungsantrag, der die beiden im Papier noch vorhandenen Formulierungsalternativen ersetzen wird.

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Finanzen:

Entfällt

**Die Vorlage wurde
abgestimmt mit:**

Entfällt

**Den Beschluss sollen
erhalten:**

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, linksjugend [`solid]

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

F.d.R.

Dresden, 23. Juli 2012

Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

Entwurf der Sozialpolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE. Sachsen

(Beschlusslage des 6. LPT DIE LINKE. Sachsen vom 05./06. November 2011)

1. Für soziale Gerechtigkeit in Sachsen

Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft.

(Aus dem Parteiprogramm der LINKEN)

* * *

Vor dem Hintergrund anhaltender internationaler krisenhafter Verwerfungen auf dem Gebiet von Wirtschaft und Finanzwesen haben die Auseinandersetzungen um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums eine neue Dimension erreicht. Das grundgesetzlich verankerte Sozialstaatsprinzip wird immer mehr ausgehöhlt, weil bisherige soziale Standards geopfert werden und sich unser Gemeinwesen weiter vom Anspruch sozialer Gerechtigkeit entfernt hat. Die Schere zwischen arm und reich geht weiter auseinander und betrifft alle Generationen. Dieser Prozess der Umverteilung von unten nach oben wurde insbesondere durch Hartz IV, durch zunehmende Privatisierung sozialer Daseinsvorsorge, durch zusätzliche Belastungen für gesetzlich Kranken- und Pflegeversicherte, durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors, durch die Absenkung des realen Rentenniveaus sowie durch weitere so genannte Sozialreformen von den Regierenden auf Bundes- und Landesebene bewusst beschleunigt und zu einem sozialpolitischen Paradigmenwechsel getrieben.

Die schwarz-gelben Regierungskoalitionen in Bund und Land bieten keinerlei tragfähige Lösungen. So haben sie keine schlüssigen Antworten auf solch brennende Herausforderungen wie den demografischen Wandels, die Garantie von Teilhabemöglichkeiten für alle, die Bewahrung und Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme, die Abwendung von Armutsrisiken, die Gewährleistung eines würdevollen Lebens im Alter und eines guten Starts ins Leben für Kinder und Jugendliche oder die Herstellung von wirklicher Geschlechtergerechtigkeit.

Dem setzt DIE LINKE sozialpolitische Alternativen entgegen. Unser Herangehen im Sinne des Leitbildes vom demokratischen Sozialstaat muss dabei darin bestehen, noch vorhandene soziale Standards zu verteidigen, darüber hinaus jedoch für solche Reformen einzutreten, die unter veränderten Bedingungen ein größeres Maß an sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle erreichen.

Die besondere Verantwortung der sächsischen LINKEN erwächst nicht zuletzt daraus, dass Ostdeutschland und vor allem Sachsen zum bundesweiten Experimentierfeld sozialer Veränderungen geworden ist. Bisher war dies mit Nachteilen für die hiesige Bevölkerung

37 verbunden. Das muss aber nicht ewig so bleiben. Schließlich kommen, da die ganz
38 Deutschland betreffenden Herausforderungen des demografischen Wandels, des
39 ökologischen und wirtschaftlichen Umbaus und der notwendigen sozialpolitischen Antworten
40 früher auf Sachsen zu. Die damit verbundenen Chancen für neue Lösungswege zu nutzen, ist
41 der amtierenden schwarz-gelben Regierung in keiner Weise zuzutrauen. Und genau das
42 eröffnet der sächsischen LINKEN Gestaltungsspielräume, die kreativ genutzt werden müssen.

43

44 Für das Profil der LINKEN haben sozialpolitische Angebote einen besonders hohen
45 Stellenwert, wie alle relevanten Umfragen seit Jahren bestätigen. Deshalb wird DIE LINKE
46 auch künftig bestrebt sein, an Erfahrungen der Menschen in Sachsen anzuknüpfen und
47 erworbene Vertrauenspositionen auszubauen. Zu beachten ist allerdings, dass die
48 entscheidenden Rahmenbedingungen für sozialpolitisches Wirken auf Bundesebene gesetzt
49 werden. Notwendige Veränderungen lassen sich daher nur eingeschränkt auf Landesebene
50 realisieren. Dennoch schöpft die gegenwärtige Landesregierung die Möglichkeiten
51 keineswegs aus, sondern versteht sich als unkritische Wegbegleiterin der Bundesregierung.
52 Diese Politik hat wesentlich dazu beigetragen, dass Sachsen eben nicht das Musterland guter
53 sozialer Standards ist, sondern weit hinter den westdeutschen Bundesländern zurückbleibt
54 und selbst im Vergleich mit den ostdeutschen Ländern bestenfalls Mittelmaß ist.

55

56 **2. Zur sozialen Situation in Sachsen**

57

58 **Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den** 59 **niedrigsten sozialen Standards und ist so bestenfalls Mittelmaß**

60 Anspruch und Wirklichkeit, erfolgreichstes neues Bundesland sein zu wollen, klaffen für
61 Sachsen weit auseinander. Sachsen hatte 1990 vergleichsweise günstigere Voraussetzungen
62 als die anderen neuen Bundesländer. Diese wurden seither jedoch durch die von der CDU
63 dominierte Regierungspolitik nicht nur nicht ausreichend genutzt, sondern weitgehend
64 verspielt. Seit mindestens zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das
65 Lebensniveau der alten Bundesländer; bei den Arbeitseinkommen geht die Schere zu
66 Ungunsten Sachsens sogar wieder auseinander. In der Summe sozialer Standards der neuen
67 Bundesländer ist Sachsen inzwischen hinter Thüringen und Brandenburg zurückgefallen; der
68 einst beträchtliche Vorsprung zu Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hat sich
69 verringert. Die Ursachen für diesen Abstieg sind komplex. Herauszuheben sind jedoch solche
70 Gründe wie massive Haushaltskürzungen im Sozialbereich trotz relativ günstiger finanzieller
71 Gesamtlage sowie vorrangige Förderung des Niedriglohnssektors als angeblicher
72 Standortvorteil. So ist Sachsen heute das Bundesland mit der höchsten Quote von Hartz-IV-
73 Aufstockenden, der längsten Dauer von Erwerbsarbeitslosigkeit, mit dem niedrigsten
74 Betreuungsanteil der 0 bis 3-jährigen in Kindertageseinrichtungen der neuen Bundesländer,
75 mit dem höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern in Förderschulen und mit den
76 niedrigsten Eingliederungssätzen für behinderte Menschen in ganz Deutschland.

77

78 **Der Anteil von Armut betroffener Menschen hat in Sachsen zugenommen und wächst**

79 **weiter, wenn nicht endlich politisch gegengesteuert wird**

80 Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit
81 beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Lediglich in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-
82 Vorpommern ist sie höher. Hauptursache für wachsende Verarmung ist Hartz IV. Mehr als ein
83 Viertel der sächsischen Kinder sind von Armut betroffen, was deren Perspektive von
84 vornherein belastet und die Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung
85 verschärft. Das gilt vor allem für Alleinerziehende, deren Armutsquote in Sachsen bei über 40
86 Prozent liegt. Gegenwärtig sind ältere Menschen im Durchschnitt noch weniger von Armut
87 betroffen. Angesichts unterbrochener Erwerbsbiografien, niedriger Löhne und Absenkung des
88 Rentenniveaus wird Altersarmut jedoch alsbald zur Massenerscheinung werden. Weder auf
89 Bundes- noch auf Landesebene haben die Regierungen bisher ein
90 Armutsvermeidungskonzept vorgelegt. Mehr noch: Die regierungsoffiziellen
91 Verteilungspraktiken erweisen sich vielmehr als Armut beschleunigend.

92

93 **Ostdeutschland und vor allem Sachsen bleiben Experimentierfeld für Sozialabbau in**
94 **ganz Deutschland**

95 Vor dem Hintergrund der gegenwärtig vorherrschenden Regierungspolitik ist nicht absehbar,
96 ob und wann es überhaupt zu einer Angleichung der Lebensbedingungen Sachsens an das
97 Niveau der alten Bundesländer kommt. Obwohl sowohl die Lohn- als auch die Alterseinkünfte
98 im Freistaat nach wie vor um mehr als ein Fünftel unter denen Westdeutschlands liegen,
99 haben sich die Lebenshaltungskosten weitgehend angeglichen. Anstatt diese beträchtlichen
100 Unterschiede schrittweise abzubauen, werden sie bewusst genutzt, um Druck auch auf die
101 sozialen Standards in den alten Bundesländern auszuüben. So scheitert die Einführung eines
102 flächendeckenden, armutsfesten gesetzlichen Mindestlohnes nicht zuletzt an der strikten
103 Verweigerungshaltung der sächsischen Staatsregierung. Selbst gegen die überfällige
104 Rentenangleichung Ost an West nimmt Sachsens Regierung eine abwartende, ja ablehnende
105 Haltung ein. Anstatt vorhandene Mittel für eigene Beschäftigungsprogramme einzusetzen,
106 werden sogar entsprechende Bundesprogramme, so unvollkommen sie sein mögen,
107 insbesondere bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeiterwerbslose, torpediert.

108

109 **Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen**
110 **ab und verschärft so deren Notlage**

111 Die sächsische Staatsregierung und die sie tragende schwarz-gelbe Koalition geben sich gern
112 als Kämpfer für mehr Bürgernähe und kommunale Selbstverwaltung und übertragen immer
113 mehr eigentliche Landesaufgaben auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Selbst der
114 überörtliche Sozialhilfeträger, in den meisten Bundesländern eine Landesbehörde, fungiert in
115 Sachsen als Kommunaler Sozialverband und wird überwiegend durch Zwangsumlage von den
116 Landkreisen und kreisfreien Städten finanziert. Allerdings führt die mit diesem Anspruch
117 einhergehende politische Praxis letztlich zu erheblichen Einschränkungen der kommunalen
118 Selbstverwaltung. Denn die zusätzlichen Aufgaben, denen man sich vor Ort nicht entziehen
119 kann, weil es sich um gesetzliche Pflichtaufgaben handelt, sind meist nicht mit den
120 notwendigen finanziellen Ausgleichszahlungen an die Kommunen verbunden. Während der

121 Landeshaushalt dadurch erheblich entlastet wird und sich Sachsen so als das Bundesland mit
122 besonders niedrigen Schulden feiert, nimmt die finanzielle Schieflage der kommunalen
123 Haushalte ein immer bedrohlicheres Ausmaß an. So hat Sachsen unter den neuen
124 Bundesländern den mit Abstand niedrigsten Anteil von Sozialausgaben am Landeshaushalt.
125 Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch zu
126 agieren. Sie haben immer weniger Möglichkeiten, so genannte freiwillige soziale Leistungen
127 zu gewähren. Darüber hinaus nehmen die Unterschiede in der finanziellen Belastung
128 zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten zu. Seit langem ist daher ein von den
129 LINKEN geforderter mit Landesmitteln finanzierter Soziallastenausgleich notwendig, um
130 sachsenweit gleiche Lebensbedingungen zu schaffen.

131

132 **Sachsen hat sich zum Musterland der Privatisierung sozialer Daseinsvorsorge** 133 **entwickelt**

134 Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird gerade in
135 Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. In nur
136 zwei Jahrzehnten hat Sachsen hinsichtlich des Anteils privater Träger alle alten Bundesländer
137 überholt und nimmt diesbezüglich auch in Ostdeutschland eine traurige Spitzenstellung ein.
138 Das betrifft Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen sowie den Bereich der stationären
139 und ambulanten Betreuung älterer und behinderter Menschen. Beim Anteil von Privatschulen
140 nimmt Sachsen inzwischen mit weitem Abstand den Spitzenplatz in Deutschland ein. DIE
141 LINKE unterscheidet sehr wohl zwischen privaten Eliteschulen und freien Schulen, die
142 Vorreiter für alternative pädagogische Konzepte im Sinne der Förderung der kritischen
143 Urteilskraft und in der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen sind.
144 Selbst anerkannte Wohlfahrtsverbände haben gegenüber Privaten an Einfluss verloren. Die
145 sächsische Staatsregierung hat diesen beschleunigten Privatisierungsprozess nicht nur dem
146 Selbstlauf überlassen, sondern beschleunigt und finanziell gefördert.

147

148 **3. Sozialpolitische Grundsätze der sächsischen LINKEN**

149

150 **Als Identität stiftenden Grundsatz steht die sächsische LINKE für mehr soziale** 151 **Gerechtigkeit**

152 Wirkliche soziale Sicherheit und die für wirkliche Demokratie notwendige gesellschaftliche
153 Teilhabe aller kann es nur geben, wenn unser Gemeinwesen die individuelle Freiheit und freie
154 Entfaltung einer jeden Persönlichkeit mit Gleichberechtigung und Solidarität verbindet. Bei
155 diesem Grundsatz geht es für DIE LINKE sowohl um Fernziele, das Ringen um
156 Reformalternativen als auch um das Eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit im Alltag. Für
157 DIE LINKE umfasst soziale Gerechtigkeit Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit. Der Begriff
158 soziale Gerechtigkeit bildet die Klammer, die solche relativ subjektiven Faktoren wie
159 Wünsche und Hoffnungen, Interessen und Bedürfnisse sowie Visionen umschließt. Dabei
160 stoßen diese Faktoren immer wieder an Grenzen der bestehenden gesellschaftlichen
161 Verhältnisse. DIE LINKE setzt im demokratischen Ringen um Mehrheiten sowohl auf
162 außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen als auch auf die ihr zu Gebote stehenden

163 parlamentarischen Möglichkeiten. Sie ist dabei nur zu Kompromissen bereit, wenn ihre
164 sozialpolitischen Grundwerte erkennbar bleiben. Es besteht die Bereitschaft, mit all denen
165 außerparlamentarisch und parlamentarisch zusammen zu arbeiten, die ähnliche Interessen
166 und Teilprojekte verfolgen. In solchen sozialen Netzwerken vertritt DIE LINKE keinerlei
167 Führungsanspruch, sehr wohl aber eigenständige Positionen.

168

169 **Die sächsische LINKE verfolgt einen ganzheitlichen sozialpolitischen Ansatz**

170 Ihr geht es um solche Rahmenbedingungen, die allen in Sachsen wohnenden Menschen eine
171 selbst bestimmte Lebensgestaltung ermöglichen. Wir verstehen das Soziale nicht als
172 Lückenbüßer verfehlter Wirtschafts-, Arbeits-, Infrastruktur- und Bildungspolitik. Wir lehnen
173 eine einseitige Sicht auf Menschen als soziale Versorgungsfälle ab. Eine am demokratischen
174 Sozialstaat orientierte Sozialpolitik versteht sich als Gesellschaft gestaltender und
175 verschiedene gesellschaftliche Bereiche übergreifender Politikansatz. Beim Einsatz mit und
176 für Personengruppen in besonders schwierigen Lebenslagen gilt in erster Linie das Prinzip
177 Hilfe zur Selbsthilfe. Gerade deshalb stehen wir an der Seite der vielen Verbände, Vereine
178 und Selbsthilfegruppen, weil sie eine unverzichtbare Basis für bürgerschaftliches Engagement
179 bilden und Ausdruck aktiver demokratischer Mitwirkung sind. In Sachsen wurden die
180 Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement u.a. durch massive
181 Haushaltskürzungen weiter eingeengt. Zugleich werden wir nicht akzeptieren, wenn das
182 freiwillige Engagement der Menschen bewusst als Ersatz für von der öffentlichen Hand zu
183 finanzierende Sozialleistungen geplant wird. Wir setzen uns für eine Vielfalt in der
184 sächsischen Vereins- und Trägerlandschaft ein, was eine angemessene öffentliche finanzielle
185 Förderung einschließt.

186

187 **Die sächsische LINKE betrachtet den demografischen Wandel als Herausforderung** 188 **und Chance**

189 Sachsen muss sich früher als alle anderen Bundesländer auf den demografischen Wandel
190 einstellen, weil der Freistaat schon heute sowohl die Bevölkerung mit dem höchsten
191 Altersdurchschnitt als auch den höchsten Anteil von Menschen im Alter von über 65 Jahren
192 hat. Da wegen der Massenabwanderung von jungen Menschen, vor allem aus dem ländlichen
193 Raum und in der Mehrheit junger Frauen, ein weiteres Absinken der Einwohnerzahl eintreten
194 wird, aber zugleich der Anteil von Menschen im Rentenalter eher noch zunimmt, tritt DIE
195 LINKE dafür ein, sich endlich kreativ auf diese Veränderungen einzustellen. Das bedeutet
196 zunächst, Berufseinsteigenden eine sichere berufliche Perspektive im Freistaat zu geben, um
197 die weitere Abwanderung zu stoppen. Das verlangt aber zugleich neue Überlegungen bei der
198 Gestaltung der sozialen Infrastruktur, insbesondere zur Sicherstellung der Betreuung älterer
199 Menschen in allen sächsischen Regionen. Anstatt, wie bisher Haushaltsmittel im
200 Sozialbereich zu kürzen, muss es sogar eine Aufstockung durch Umverteilung im
201 Landeshaushalt geben.

202

203 **Für die sächsische LINKE besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen** 204 **ökologischem und sozialem Wandel**

205 Inzwischen wird kaum noch ernsthaft bestritten, dass wir auf den bereits in Gang
206 gekommenen Klimawandel offensiv reagieren müssen. Es ist schon viel zu viel Zeit ungenutzt
207 verstrichen. Im globalen Maßstab sind gerade die Länder von Dürre und Überschwemmungen
208 betroffen, die am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Und innerhalb eines
209 Landes sind es ebenfalls die Ärmere, die besonders unter den Folgen des Klimawandels und
210 der Umweltzerstörung leiden, denn wer kein Geld hat, dem fehlen die Mittel für die „Flucht“
211 ins Grüne und für eine gesunde Ernährung. Dem bleibt oft keine Wahl als das Wohnen an
212 lauten Straßen oder in Vierteln mit gesundheitsschädlichen Feinstaubkonzentrationen.
213 Insofern ist Umwelt- und Klimaschutz zutiefst eine Frage der sozialen und der globalen
214 Gerechtigkeit.

215 Dennoch muss die ökologische Umgestaltung im Einklang mit sozialer Verträglichkeit
216 erfolgen. So wird DIE LINKE nicht hinnehmen, wenn die notwendigen Kosten vor allem von
217 jenen aufzubringen sind, die am wenigsten zur Umweltbelastung beigetragen haben oder sich
218 nur jene ausreichend gesund ernähren können, die dazu finanziell in der Lage sind. Daher
219 fordern wir generell eine radikale Umverteilung von oben nach unten und diskutieren zum
220 Beispiel verschiedene Formen einer unbürokratischen und stigmatisierungsfreien Sicherung
221 des Grundbedarfes bei Energie oder der Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

222

223 **Die sächsische LINKE setzt sich für wirkliche Reformen der sozialen** 224 **Versicherungssysteme ein**

225 Obwohl über die Perspektive der sozialen Versicherungssysteme vor allem auf Bundesebene
226 entschieden wird, haben die Länder hierbei ein Initiativ- und Mitspracherecht. Gemeinsam
227 mit sozialen Bewegungen, Sozialverbänden und Gewerkschaften wird die sächsische LINKE
228 Widerstand gegen eine weitere Aushöhlung der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Renten-,
229 aber auch der Arbeitslosenversicherung leisten. Abzuwehren sind alle Bestrebungen, die
230 gesetzlichen Sozialversicherungssysteme zunächst durch private Versicherungen nach dem
231 Kapitaldeckungsprinzip zu ergänzen, um sie schließlich gänzlich zu überwinden. Erhalt- und
232 Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherungen heißt für uns deren stete Weiterentwicklung.
233 Deshalb setzen wir uns in der Kranken- und Pflegeversicherung für die Einführung einer
234 solidarischen Bürgerversicherung ein. Bei der Rente plädieren wir für den Übergang zu einer
235 solidarischen Rentenversicherung, in die alle, also auch Beamte, Abgeordnete und
236 Freiberufler, einzahlen, wobei die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen ist. Zum Schutz
237 vor Altersarmut ist eine solidarische Mindestrente im Rahmen der gesetzlichen
238 Rentenversicherung einzuführen. Sofort ist zu sichern, dass für Arbeitslosengeld-II-
239 Beziehende wieder Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen sind.

240 Die Arbeitslosenversicherung soll zu einer Erwerbslosenversicherung ausgebaut werden, die
241 eine Lebensstandardsicherung und den Schutz vor Armut garantiert und so die
242 gesellschaftliche Teilhabe auch in Zeiten ohne Erwerbsarbeit ermöglicht. Sperrzeiten sind
243 sofort abzuschaffen, weil sie eine Enteignung der Betroffenen hinsichtlich ihrer erworbenen
244 Versicherungsansprüche darstellen. Organisierte Erwerbslose sind in die Selbstverwaltung
245 der Erwerbslosenversicherung einzubeziehen. Unbedingt gestoppt werden muss der weitere
246 Ausstieg der sogenannten Arbeitgeber aus der paritätischen Einzahlung in die

247 Sozialversicherungssysteme.

248 Eine Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme schließt für DIE LINKE ein, allen
249 Menschen ein Leben frei von Not und Armut zu ermöglichen, gegen gesellschaftliche Risiken
250 abgesichert zu sein, eine ausreichende materielle Basis für Phasen der Erwerbslosigkeit zu
251 garantieren, Ansprüche gegenüber der Gesellschaft auf Grund von Erziehungs- und
252 Pflegezeiten zu gewährleisten sowie Kinder und Jugendliche endlich als selbständige
253 Personen anzuerkennen und ihnen eine eigene Grundsicherung zu gewähren.

254

255 **Für die sächsische LINKE bleibt die Landesverantwortung für soziale Daseinsvorsorge**
256 **unverzichtbar**

257 Schluss sein muss mit dem Kurs der amtierenden Staatsregierung, sich immer weiter aus der
258 Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge zu verabschieden und deshalb auch immer
259 weniger Mittel dafür bereit zu stellen. Stattdessen muss eine angemessene Zahl von Sozial-,
260 Kinder- und Gesundheitseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft geführt werden. Das
261 schließt teilweise eine Rekommunalisierung ein. Wir sind für das Subsidiaritätsprinzip, wenn
262 dadurch mehr Menschen demokratisch mitwirken und entscheiden können. Dieses Prinzip
263 darf aber nicht in erster Linie aus fiskalischen Gründen zur Anwendung kommen oder gar zur
264 Absenkung sozialer Standards führen. Zugleich treten wir für eine breite Vielfalt freier Träger
265 ein und wenden uns deshalb gegen eine fortschreitende Konzentration von sozialen
266 Einrichtungen bei großen Verbänden. Da der Privatsektor bei sozialen Einrichtungen in
267 Sachsen bereits stark ausgeprägt ist, lehnen wir weitere Privatisierungen strikt ab, zumal
268 privat betriebene Einrichtungen sozialer Daseinsvorsorge stets mit dem Erlangen eines
269 möglichst hohen Profits verbunden sind. In vielen Fällen wird dies vor allem mit der Zahlung
270 von Löhnen an die dort Beschäftigten weit unter dem üblichen Tarif erkaufte. Da
271 Privatbetreiber im Unterschied zu öffentlichen und frei-gemeinnützigen Trägern nicht
272 verpflichtet sind, Überschüsse zu reinvestieren, werden den Sozialsystemen so auf Dauer
273 Mittel entzogen.

274 DIE LINKE setzt sich für die Stärkung der Rechte der Verbraucherinnen und der Verbraucher
275 ein. In den Bereichen der Daseinsvorsorge, die marktförmig organisiert sind, wollen wir die
276 Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken, um so ihre Position gegenüber
277 regional und global handelnden Unternehmen zu verbessern: in erster Linie handelt es sich
278 dabei um Informationsrechte der Verbraucherinnen und -pflichten der Unternehmen und die
279 öffentliche Aufgabe, die Einhaltung von Grenzwerten und Transparenz zu kontrollieren.

280 Die thematische Spanne reicht vom Wohnungsmarkt, von der Landwirtschaft zur
281 Lebensmittelproduktion, von Finanzmarktprodukten über den Energiemarkt, Gastronomie,
282 Pflegebereich bis hin zum Gesundheitssektor und Transportwesen und muss prinzipiell da
283 gestärkt werden, wo es gilt Menschen in die Lage zu versetzen, informierte und
284 verantwortliche Entscheidungen für sich und die Gemeinschaft zu treffen. Durch ihre
285 bewusste Entscheidung z.B. für hygienische Qualität, für sozial und regional produzierte
286 Produkte können Verbraucher die in den Feldern wirkenden Mechanismen verändern.

287

288 **4. Für Veränderungen in wichtigen Lebensbereichen**

289

290 **Hartz IV muss überwunden werden**

291 Trotz zwischenzeitlichen wirtschaftlichen Aufschwungs und trotz anhaltenden Rückgangs der
292 Bevölkerung verharrt die Zahl der unmittelbar von Hartz IV Betroffenen in Sachsen bei einer
293 halben Million mit verheerenden Folgen bis hin zu späteren Rentenansprüchen. Hartz IV hat
294 sich gerade in Sachsen als gewolltes Druckmittel auf das gesamte Lohngefüge erwiesen und
295 zudem durch eine anhaltende Stagnation der Kaufkraft auch negative Auswirkungen
296 insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen. Sanktionen, die das ohnehin zu niedrige
297 Arbeitslosengeld II kürzen oder ganz entziehen, führen zu existenzieller Not. Das Konstrukt
298 „Bedarfsgemeinschaft“ verschärft die ökonomischen Abhängigkeiten in Partnerschaften und
299 gefährdet die existenzielle Absicherung von Partnern und Kindern.

300 Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn es endlich zu einem von den
301 LINKEN geforderten komplexen Wandel kommt. Dazu gehören die Schaffung Existenz
302 sichernde Arbeitsplätze statt Ausweitung des Sektors von Mini- und Midijobs, die
303 Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit durch konsequente Verkürzung der Arbeitszeit,
304 statt Bestrebungen zu deren Verlängerung, die Einhaltung des Grundsatzes „Gleicher Lohn
305 für gleiche Arbeit“, statt Frauen oder Leiharbeitende zu benachteiligen, die Einführung eines
306 flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro pro Stunde, statt Festhalten an
307 Hungerlöhnen sowie die Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an Unternehmen, die
308 armutsfeste Mindestlöhne zahlen, statt Entscheidung für den billigsten Anbieter, verbunden
309 mit der Zahlung von ergänzenden Sozialleistungen für Aufstockende. Unbedingt zu
310 überwinden ist die Mehrklassengesellschaft bei Erwerbslosen. Die stigmatisierende
311 Grundsicherung für Arbeitssuchende, besser bekannt als Hartz IV oder ALG II, ist durch eine
312 sanktionsfreie Mindestsicherung, die vor Armut schützt, zu ersetzen. Ein erster Schritt dazu
313 ist die sofortige Anhebung des Regelsatzes auf derzeit mindestens 500 Euro sowie die
314 Abschaffung der Sanktionen, denn die gesetzlich garantierte Gewährung eines
315 soziokulturellen Existenzminimums darf nicht durch Sanktionen ausgehebelt werden.

316

317 Abstimmungsalternative A: keine Aussage zum BGE

318

319 Abstimmungsalternative B: Viele von uns sehen in einem bedingungslosen Grundeinkommen
320 für alle eine grund- und bürgerrechtskonforme Alternative zu Hartz IV, weil sie jegliche
321 Diskriminierung und Stigmatisierung der Transferbeziehenden und damit auch verdeckte Armut
322 überwindet und den Datenschutz am besten sichert. Die weitere Arbeit an realisierbaren
323 Konzepten für ein bedingungsloses Grundeinkommen und die Teilhabe an der breiten
324 gesellschaftlichen Debatte darüber bildet für DIE LINKE Sachsen einen über die
325 gegenwärtigen Verhältnisse hinausreichenden Ansatz gesellschaftlicher Veränderung

326

327 Anstatt Menschen in fragwürdige, nicht sozialversicherte Ein-Euro-Jobs zu zwingen, setzt DIE
328 LINKE auf sozialversicherungspflichtige, mindestens nach Mindestlohn vergütete Formen der
329 öffentlichen Beschäftigung. Es geht dabei darum, gesellschaftlich notwendige Arbeit auf der
330 Grundlage von Tarifverträgen anzubieten. Linke Arbeitsmarktpolitik ermöglicht darüber

331 hinaus eine selbstbestimmte und solidarische Arbeitszeitflexibilisierung, die zugleich
332 Erwerbssuchenden den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht.

333

334 **Wohnen als soziale Herausforderung**

335 Die Situation bei Wohnraum hat sich in Sachsen seit Mitte der 1990er Jahre geändert. Gab es
336 bis dahin Wohnraummangel, haben wir es inzwischen mit beträchtlichem Leerstand zu tun.
337 Hauptursache dafür ist der Bevölkerungsrückgang von über 800.000 Personen seit 1990. Die
338 Wohnungsfrage als soziale Frage stellt sich heute deshalb anders als vor Jahrzehnten.
339 Vermietende und Mietende sind objektiv enger verbunden, denn hoher Leerstand gefährdet
340 auch die kleinen Eigentümer_innen, die sich bei der Modernisierung ihrer Häuser oft hoch
341 verschuldeten.

342 Inzwischen dominiert ein weiteres Problem die Wohnungspolitik – die soziale Polarisierung.
343 Auch in sächsischen Städten schreitet die Aufspaltung nach Einkommensgruppen in
344 Quartieren voran. Die Regelungen zu den sogenannten Unterkunftskosten für Hartz-IV-
345 Betroffene sowie die Kürzungen beim Wohngeld befördern diese Tendenz.

346 Sozialer Umbau in Städten und Dörfern heißt mehr denn je, sich auf Veränderungen
347 einzustellen, die auf Grund des demografischen Wandels eintreten. Das verlangt mehr alten-
348 und behindertengerechten Wohnraum. Für DIE LINKE ist es ein Grundanliegen, dass ältere
349 und behinderte Menschen so lange als möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld
350 selbstbestimmt leben können.

351 Eine Schande für ein reiches Land wie Deutschland ist das Problem der Obdach- bzw.
352 Wohnungslosigkeit, insbesondere noch dazu, wenn davon Kinder betroffen sind. Die
353 sächsische LINKE nimmt nicht hin, wenn die hiesige Landesregierung dieses Problem
354 verdrängt und davon ausgeht, dass Wohnungsloseninitiativen vor Ort schon für Linderung
355 sorgen werden. DIE LINKE fordert von der Staatsregierung, mehr Hilfsangebote für
356 Wohnungslose mit Landesmitteln zu fördern und umgehend zu einer statistischen Erhebung
357 von Wohnungslosigkeit zurückzukehren.

358 Die sächsische LINKE wird auch künftig alternative Wohnformen von jungen Menschen
359 unterstützen, weil diese mit dazu beitragen können, die Abwanderung in andere
360 Bundesländer zumindest teilweise einzudämmen.

361

362 **Gesundheitliche Versorgung als Menschenrecht**

363 Für die sächsische LINKE bleibt es ein Grundsatz, dass allen Bürgerinnen und Bürgern,
364 unabhängig von Alter, Einkommen und sozialer Stellung ein Gesundheitssystem zur
365 Verfügung steht, das ihnen die notwendigen Leistungen zur Vermeidung, Linderung und
366 Heilung von Krankheiten garantiert. Von den Verbesserungen bei medizinischen Geräten,
367 Arzneimitteln sowie der Ausstattung von Gesundheitseinrichtungen konnten bisher leider
368 nicht alle gleichermaßen profitieren, denn die so genannten Gesundheitsreformen der letzten
369 Jahre haben den Prozess hin zur unsozialen Mehrklassenmedizin beschleunigt. Dafür stehen
370 die Ausdünnung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen, die Praxisgebühr, die
371 Einführung von Zusatzbeiträgen sowie die steigenden Zuzahlungen.

372 Hinzu kommt der zunehmende Ärztemangel, insbesondere in benachteiligten ländlichen

373 Regionen, dem die sächsische Staatsregierung seit Jahren konzeptionslos begegnet. Um in
374 Zukunft eine flächendeckende medizinische Versorgung in guter Qualität zu sichern, sind
375 mehr Ärzte sowie Pflegekräfte auszubilden. Es sind durch gezielte staatliche
376 Förderprogramme bessere materielle und ideelle Voraussetzungen zu schaffen, damit es vor
377 allem für junge Menschen attraktiver wird, einen Gesundheitsberuf zu ergreifen.
378 Unternehmen, die Absolvent_innen außerhalb der unmittelbaren medizinischen Versorgung
379 einstellen, haben eine Ausbildungsabgabe zu entrichten. DIE LINKE unterstützt Maßnahmen
380 zur Schaffung solcher Medizinischer Versorgungszentren (Polikliniken), die diesen Namen
381 auch verdienen und setzt sich darüber hinaus für die Aufhebung der nach wie vor
382 bestehenden Trennung von ambulanter und stationärer Betreuung ein. Vor allem in
383 unterversorgten ländlichen Regionen sind Ärzte durch Modelle wie „Schwester Agnes“ zu
384 entlasten sowie mobile Arztpraxen zu schaffen. Durch verbindliche landesgesetzliche
385 Regelungen sind die Angebote für gesundheitliche Prävention, für die Erweiterung des
386 Impfschutzes und den umfassenden Ausbau des gesundheitlichen Verbraucherschutzes zu
387 treffen. Gleiches gilt für den Rettungsdienst.

388

389 **Gute Bildung für alle**

390 Es gibt kaum einen Bereich, der die Entwicklung der Menschen so nachhaltig prägt, wie
391 Bildung. Deshalb sind für die sächsische LINKE Kindertagesstätten, Schulen in öffentlicher
392 Trägerschaft, Hochschulen und weitere öffentlich geförderte Bildungseinrichtungen wie
393 Volkshochschulen und Institutionen der kulturellen Bildung mehr denn je unverzichtbare
394 Bestandteile sozialer Daseinsvorsorge. Bildung ist Voraussetzung für ein selbst bestimmtes
395 Leben, für gesellschaftliche Teilhabe, für demokratische Mitwirkung und insgesamt für ein
396 sozial gerechtes Zusammenleben. Jedoch umfasst Bildung aus der Sicht der LINKEN nicht nur
397 Wissensvermittlung, sondern umfassende Persönlichkeitsentwicklung durch den Erwerb
398 sozialer Kompetenzen und gesellschaftskritischen Bewusstseins. Die seit 1990 verfolgte
399 sächsische Schulpolitik verhindert das von den LINKEN und vielen Eltern gewollte längere
400 gemeinsame Lernen aller Kinder in einer Schule. Im Unterschied zu den süddeutschen
401 Bundesländern, an denen sich der Freistaat bildungspolitisch gern orientiert, sind die
402 sächsischen Hochschulen erheblich unterfinanziert, was u.a. prekäre Arbeitsverhältnisse für
403 (Nachwuchs-)wissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler zur Folge hat.

404 Um der Bedeutung der Kindertagesstätten als Orte der frühkindlichen Bildung für alle,
405 einschließlich der Kinder mit Beeinträchtigungen gerecht zu werden, müssen der
406 Betreuungsschlüssel gesenkt und die Gruppen verkleinert werden. Voraussetzung dafür ist
407 nicht zuletzt eine Erhöhung der Landespauschale, die die Kommunen für die Finanzierung der
408 Kindertagesbetreuung erhalten. Den gesetzlich verbrieften Rechtsanspruch auf den Besuch
409 einer Kindertagesstätte ab dem 1. Geburtstag will DIE LINKE durch dem Verzicht auf jegliche
410 Zugangskriterien und die Bereitstellung von Ganztagsbetreuung für alle Eltern, die dies
411 wünschen, umsetzen. Geboten ist eine Gleichsetzung in der tariflichen Einordnung der
412 Erzieherinnen und Erzieher mindestens an das Lehramt an Grundschulen.

413 Dass der Freistaat gegenwärtig im Bundesvergleich der Lernergebnisse noch relativ gut
414 abschneidet, ist in erster Linie dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, der

415 Abschiebung von Kindern in Förderschulen für Lernbehinderte und dem vergleichsweise
416 niedrigen Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu danken. Dies
417 dürfte aber nicht so bleiben, wenn sich die Staatsregierung weiterhin moderneren Strukturen
418 und Lehrinhalten verschließt und nicht bereit ist, dem zunehmenden Lehrkräftemangel durch
419 ausreichend viele Neueinstellungen zu begegnen. Der Grundsatz: Die Schule gehört zum
420 Dorf, gilt in Sachsen schon lange nicht mehr. Zahlreiche staatliche Schulen wurden vor dem
421 Hintergrund restriktiver Haushaltskürzungen geschlossen, so dass vor allem in
422 großstädtischen Ballungszentren inzwischen Schulraumnotstand herrscht.

423 Gleichzeitig besucht im bundesweiten Vergleich der höchste Anteil von Kindern und
424 Jugendlichen eine Förderschule, weil die Rahmenbedingungen für inklusives Lernen in
425 Regelschulen mehr als unzureichend sind. Deshalb wird sich DIE LINKE. Sachsen für einen
426 Weg von der Integration zur Inclusion in allen Bereichen von Bildung und Erziehung einsetzen.
427 Gerade angesichts des demografischen Wandels geht es für DIE LINKE um die allseitige und
428 beileibe nicht vorrangig den Anforderungen der Wirtschaft geschuldeten Förderung aller
429 Kinder und Jugendlichen, auch derjenigen mit besonderem Bedarf aufgrund physischer und
430 psychischer Beeinträchtigungen.

431 Für gute schulische Bildung ist in erster Linie das staatliche Schulwesen zuständig und darf
432 nicht durch immer mehr Privatschulen ausgehebelt werden. Viele dieser Privatschulen sind
433 doch erst auf Initiative vor Ort deshalb entstanden, weil vorher eine staatliche Schule
434 geschlossen wurde. Wir sind nicht grundsätzlich für eine Verteufelung von Privatschulen,
435 wenn sie allen Kindern, deren Eltern das wünschen, offen stehen und wenn das Lehrpersonal
436 vergleichbar dem staatlichen Schulsektor entlohnt wird.

437 Die steigenden Kosten des Studiums grenzen immer mehr Jugendliche aus ärmeren
438 Bevölkerungsschichten aus. DIE LINKE spricht sich für eine gleichberechtigte Förderung für
439 alle Ausbildungswilligen aus. Sie lehnt jegliche direkte oder indirekte Ausbildungs- und
440 Studiengebühren ab, tritt für den Erhalt von Volkshochschulen und den Zugang aller
441 Generationen zu höherer Bildung und Weiterbildung ein. Verbessert werden müssen die
442 Bedingungen, damit Frauen und Mädchen Bildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen nutzen
443 können. Getreu dem Motto „Bildung statt Beton“ muss im gesamten sächsischen
444 Bildungsbereich wesentlich mehr investiert werden.

445 Wichtig ist uns, dass die Eltern, die Schülerinnen und Schüler sowie die Studierenden
446 weitgehende Mitspracherechte im Bildungsbereich wahrnehmen können. DIE LINKE setzt
447 sich dafür ein, dass das BAföG zu einer einheitlichen Studien- und Ausbildungsförderung für
448 alle Studierenden und schulisch Auszubildenden ohne Rückzahlungspflicht und unabhängig
449 von der Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern ausgebaut wird.

450

451

452 **Teilhabe am kulturellen Leben**

453 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Sachsen ein Land mit einem vielfältigen und
454 traditionsreichen kulturellen Leben bleibt. Sowohl Einrichtungen der Hochkultur als auch der
455 Soziokultur können wesentlich dazu beitragen, dass die Anziehungskraft des Freistaates
456 zunimmt. Für DIE LINKE steht Kultur nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen

457 Bereichen, sondern ist immanenter Bestandteil sozialer Funktionalität unseres
458 Gemeinwesens. Kulturelle Vielfalt ist kein Luxus, den wir uns entweder leisten oder wegen
459 finanzieller Zwänge versagen könnten. Öffentliche Kulturförderung muss die gesamte Breite
460 künstlerischer und kultureller Tätigkeit einschließen. Selbstverständlich bleiben die drei
461 großstädtischen Ballungszentren mit ihren weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten
462 Einrichtungen von besonderer Bedeutung für das kulturelle Leben in Sachsen; aber dies darf
463 nicht zur weiteren Vernachlässigung anderer sächsischer Regionen führen. Für DIE LINKE
464 haben Kunst und Kultur auch deshalb eine erhebliche soziale Komponente, weil sie für alle
465 sozialen Schichten zugänglich und bezahlbar sein müssen. Das schließt die Möglichkeit zu
466 aktiver kultureller Betätigung ein, die keinesfalls nur denen vorbehalten sein darf, die sich
467 dies finanziell leisten können.

468

469 **Sportliche Betätigung allen ermöglichen**

470 Für DIE LINKE ist Sport ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Er fördert
471 soziale Kontakte und kann Menschen unterschiedlichen Glaubens, unterschiedlicher Herkunft
472 und unterschiedlichen Alters zusammenführen. Eine angemessene sportliche Betätigung
473 bedeutet für viele Menschen gesundheitliche Vorsorge sowie sinnvolle und anregende
474 Freizeitgestaltung. Ziel muss es sein, unabhängig von Einkommen sportliche
475 Betätigungsmöglichkeiten für alle zu schaffen bzw. zu erhalten. Insbesondere für Kinder und
476 Jugendliche aus Familien mit niedrigem Einkommen muss die Betätigung in Sportvereinen
477 erleichtert werden; das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes und das sächsische „Komm
478 in den Sportverein“-Projekt erweisen sich dabei als völlig unzureichend. Sachsen braucht
479 endlich ein Sportförderungsgesetz.

480 Ein ganzes Bündel von Widersprüchen kennzeichnet allerdings die derzeitige Situation.
481 Einerseits finden in einigen sächsischen Städten immer mehr hochkarätige
482 Sportveranstaltungen statt, sind neue und moderne Sportstätten entstanden. Andererseits
483 sind viele vorhandene Sportanlagen marode und teilweise nicht mehr nutzbar. Die Vereine
484 und die Kommunen können die notwendigen Investitionen nicht allein aufbringen. Die dafür
485 vom Freistaat bereit gestellten finanziellen Mittel reichen aber bei weitem nicht aus, um den
486 Modernisierungstau spürbar zu verringern.

487

488 **5. Für Selbstbestimmung und Gleichstellung**

489

490 **Die Geschlechtergerechtigkeit bleibt für die sächsische LINKE grundsätzliches** 491 **politisches Anliegen**

492 Nach wie vor bestehen in allen Lebensbereichen erhebliche Benachteiligungen von Frauen
493 gegenüber Männern. Von wirklicher sozialer Gleichheit zwischen den Geschlechtern kann in
494 Sachsen überhaupt keine Rede sein. Besonders Frauen sind überdurchschnittlich von
495 Langzeiterwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung wie Minijobs betroffen. Selbst in der
496 öffentlichen Verwaltung des Freistaates sind Frauen in Spitzenpositionen deutlich
497 unterrepräsentiert. Dieser unbefriedigende Zustand, der letztlich Ausdruck überkommener
498 patriarchalischer Strukturen ist, führt nicht nur zur Benachteiligung von Frauen, sondern zu

499 deren Ausgrenzung von gesellschaftlichen Entscheidungen. Deshalb sind dringend
500 Voraussetzungen zu schaffen, dass bei allen politischen Entscheidungen dem
501 Gleichstellungsanspruch Rechnung getragen und das Prinzip des „Gender-Mainstreaming“ als
502 Leitprinzip zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen Anwendung
503 findet. Darüber hinaus muss gezielte Frauenförderung aus Sicht der LINKEN zur Pflicht in
504 allen öffentlichen Einrichtungen und zumindest solchen Unternehmen werden, die
505 Fördermittel oder öffentliche Aufträge erhalten.

506 Zudem sind Frauenprojekte wesentlich stärker zu fördern, anstatt die Zuwendungen, wie bei
507 den letzten Landeshaushalten geschehen, zu kürzen oder gar ganz einzustellen. Sachsen ist
508 inzwischen das Bundesland mit der vergleichbar geringsten Förderquote für
509 Gleichstellungsprojekte und überdies mit der niedrigsten ministeriellen Anbindung des
510 Gleichstellungsressorts.

511 Nötig ist ein verändertes Rollenverständnis. Zentral ist dabei eine grundlegende Umverteilung
512 der Tätigkeiten zwischen Männern und Frauen; es müssen weitaus mehr Spitzenpositionen
513 von Männer- in Frauenhände übergehen. Im Gegenzug muss mehr Familienarbeit von den
514 Frauen zu den Männern wechseln. Kürzere Erwerbsarbeitszeiten als gesellschaftlicher
515 Standard für Männer und Frauen gleichermaßen, ein flächendeckendes Netz von
516 Kinderbetreuungseinrichtungen, Elterngeldregelungen, die die gleichberechtigte Übernahme
517 von Erziehungsarbeit finanziell belohnen, statt wie heute zu bestrafen, gesicherte
518 Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach Kindererziehungsjahren sind dafür notwendige
519 Maßnahmen. Eine wichtige Aufgabe ist die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt,
520 insbesondere an Frauen und Kindern. Bedarfsgerechte Angebote zur Gewaltprävention und
521 Nachsorge für von Gewalt Betroffene sind landesweit umfassend zu fördern. Die Existenz der
522 Frauen- und Kinderschutzhäuser ist durch eine Regelfinanzierung zu sichern.

523

524 **Perspektiven für Kinder und Jugendliche**

525 DIE LINKE setzt sich verstärkt dafür ein, die Lebens- und Entwicklungsbedingungen für
526 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene so zu verbessern, damit sie in Sachsen eine gute
527 Perspektive haben. Eine Kindergrundsicherung, für die DIE LINKE sich einsetzt, hilft
528 Kinderarmut abzubauen. Darüber hinaus bedarf es gerechter Teilhabemöglichkeiten in allen
529 Sozial- und Bildungsräumen. Junge Menschen benötigen verlässliche Unterstützungssysteme
530 und vielfältige Gelegenheiten an außerschulischer Bildung, um die Herausforderungen einer
531 modernen Gesellschaft bewältigen zu können. Ein stabiles Netz an pädagogisch betreuten
532 Kinder- und Jugendhäusern, an mobiler Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und professioneller
533 Begleitung ehrenamtlicher Jugendinitiativen ist eine wesentliche Voraussetzung für
534 gesellschaftliche Teilhabe sowie soziales und demokratisches Miteinander.

535 Die ohnehin viel zu niedrige Landesförderung für Jugendverbände und Vereine darf nicht
536 durch eine Praxis der Bevormundung und ideologisch ausgerichteten konservativen
537 Denkmustern weiter beschnitten werden. Die Herausbildung demokratischen Bewusstseins
538 in allen sozialen Milieus setzt positive Erfahrungen gelungener Beteiligung voraus. Eine
539 wesentliche Rolle spielen dabei Jugendverbände, Sportvereine und Kultureinrichtungen, in
540 denen demokratisches Miteinander erlebt und eingeübt werden kann. Deshalb bedürfen

541 diese Einrichtungen sowie Beteiligungsprojekte für junge Menschen einer besonderen
542 Förderung.

543

544 **Würdevolles Leben für ältere Menschen**

545 Der sächsischen LINKEN geht es darum, älteren Menschen vielfältigere Möglichkeiten der
546 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und einer selbstbestimmten Lebensführung zu sichern.
547 Die ältere Generation hat angesichts ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung in Sachsen
548 nicht den Stellenwert, der ihr eigentlich zukäme. Bereits heute haben wir Altersarmut, die
549 schon in absehbarer Zeit beträchtlich ansteigen wird. Nicht zuletzt wegen der Verdienste der
550 älteren Generation verwahren wir uns gegen das neoliberale Klischee, wonach die Älteren
551 zunehmend auf Kosten der Jungen leben und daher Generationenkonflikte verursachen
552 würden. Damit wird bewusst vernebelt, dass die Trennlinie auch in Sachsen nicht zwischen
553 jung und alt, sondern zwischen arm und reich verläuft.

554 DIE LINKE ist für einen solidarischen Ausgleich zwischen den Generationen. Sie setzt sich bei
555 der Rente gleichermaßen für Lebensstandardsicherung und Schutz vor Altersarmut ein. Der
556 Anspruch der sächsischen LINKEN besteht darin, älteren Menschen so lange als möglich ein
557 Leben im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen. Neben entsprechenden Wohnformen muss
558 der gesamte Betreuungs- und Pflegesektor einen wesentlich höheren gesellschaftlichen
559 Stellenwert erhalten. Das ist freilich mit höheren Kosten verbunden, denen wir uns stellen
560 müssen. So wird die Zahl derer, die pflegedürftig sind, beträchtlich anwachsen, weshalb mehr
561 fachlich hoch qualifiziertes Personal, das besser entlohnt werden muss, benötigt wird. Dieser
562 Prozess darf nicht dem Selbstlauf überlassen werden, sondern muss von der Landesebene
563 durch eine fundierte Bedarfsplanung begleitet und angemessen finanziell gefördert werden.
564 Generell brauchen wir in unserer Gesellschaft ein Umdenken in Bezug auf die Rolle älterer
565 Menschen, die viel länger als noch vor Jahrzehnten kreativ tätig sein können und wollen.
566 Daher möchten wir ältere Menschen ermutigen, ihre Rechte offensiver einzufordern und an
567 Entscheidungsprozessen aktiv teil zu nehmen. Um dafür bessere Rahmenbedingungen zu
568 schaffen, wird sich die sächsische LINKE für ein Seniorenmitwirkungsgesetz stark machen
569 und für die Bildung von Seniorenvertretungen auf allen Ebenen eintreten.

570

571 **Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik**

572 Menschen mit geistigen, körperlichen, seelischen und/oder Sinnesbeeinträchtigung haben
573 dieselben Rechte wie Menschen ohne Beeinträchtigungen. Die sächsische LINKE wird daher
574 auch künftig dazu beitragen, diesen Menschen eine weitgehend selbstbestimmte
575 Lebensführung zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird sie sich dafür einsetzen,
576 dass Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen geschaffen werden, die den Bedürfnissen der
577 Menschen mit Beeinträchtigungen entsprechen.

578 Bildungseinrichtungen, Arbeitsstätten und deren Umfeld, Wohnungen und Wohnumgebung,
579 Freizeitmöglichkeiten, öffentliche Verkehrsmittel und Verkehrsräume,
580 Gebrauchsgegenstände, Kommunikationssysteme, die Umwelt und schließlich die
581 Geschäftsstellen und Veranstaltungen der sächsischen LINKEN selbst müssen barrierefrei

582 zugänglich gemacht werden. Denn erst Barrierefreiheit ermöglicht die Teilnahme von allen,
583 die es wünschen.

584 DIE LINKE wird sich für gesetzliche Rahmenbedingungen auf Landesebene einsetzen, mit
585 denen das von den Vereinten Nationen beschlossene und von Deutschland ratifizierte
586 Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK) schnellstmöglich
587 umgesetzt wird. DIE LINKE wird hierzu Initiativen zur Bewusstseinsbildung, zu Bildung und
588 lebenslangem Lernen, zum Leben in der Gemeinschaft, zu Mobilität und Verkehr, zu
589 barrierefreier Kommunikation und Information, zu Kultur, Freizeit und Sport sowie Arbeit und
590 Beschäftigung unterstützen oder selbst ergreifen. Besonders naheliegend ist es zunächst,
591 dass in Sachsen die finanziellen Eingliederungshilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen,
592 die gegenwärtig die niedrigsten in ganz Deutschland sind, erheblich aufgestockt werden.

593

594 **Gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten**

595 Migrantinnen und Migranten sind für DIE LINKE eine Personengruppe in Sachsen, für die
596 wesentlich mehr getan werden muss. Über lange Zeit war Sachsen ein weltoffenes Land, das
597 seinen Aufstieg zu einem Zentrum von Industrie, Wissenschaft und Kultur nicht zuletzt vielen
598 Menschen aus anderen Ländern zu verdanken hatte. An diese Traditionen gilt es
599 anzuknüpfen. Gegenwärtig leben in Sachsen im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern
600 relativ wenige Migrantinnen und Migranten. Dennoch ist Sachsen für eine rigide
601 Ausländerpolitik bekannt. So gibt es keine Landesförderung für Sozialarbeit mit Migrantinnen
602 und Migranten. Unterstützende Angebote sind nur für einen begrenzten Teil vorgesehen.
603 Sachsen ist das einzige Bundesland ohne ein Integrationskonzept und zugleich das
604 Bundesland mit der niedrigsten Einbürgerungsquote. Im Bundesvergleich gibt es im Freistaat
605 die wenigsten Ausländerbeiräte. Viele Migrantinnen und Migranten erhalten eine schlechtere
606 medizinische Betreuung, haben geringere oder teilweise überhaupt keine Chancen auf
607 Erwerbstätigkeit und sind in ihren Bildungschancen benachteiligt. Neben konkreten und
608 speziell auf die jeweiligen Personengruppen abgestimmten Fördermaßnahmen geht es bei
609 Mitwirkung aller demokratischen Kräfte vor allem darum, eine positive Öffentlichkeit, die
610 darauf hinwirkt, hier Ankommende als eine Bereicherung anzuerkennen und nicht
611 vordergründig als Kostenfaktor zu betrachten. So ist das Asylbewerberleistungsgesetz
612 abzuschaffen, weil es Betroffene diskriminiert und nicht einmal Leistungen auf
613 Sozialhilfeniveau gewährt.

DIE LINKE. Sachsen

Antragsübersicht der Änderungsanträge zu den Sozialpolitischen Leitlinien

Stand: 19.07.2012

| Antragsnummer 6. LPT | Titel | Zeilennummern | |
|-------------------------|---|---|--------------------------|
| ÄÄ.2.1 | Änderungsantrag – diverse Passagen Einreicherin: Kristin Hofmann | - Ersetze Zeile 438/439 - Einfügen in Zeile 438 - Einfügung Zeile 440 | |
| ÄÄ.2.2 | Änderungsantrag – diverse Passagen EinreicherInnen: LAG Bedingungsloses Grundeinkommen | - Ersetze Zeile 260 - Ersetze Zeile 527 - Ersetze Zeilen 319 bis 332 | Abstimmungsalternative B |
| ÄÄÄ.2.2.1 | Änderungsantrag zum Änderungsantrag ÄÄ.2.2 EinreicherInnen: Thomas Michaelis | | Abstimmungsalternative A |
| ÄÄ.2.3 | Änderungsanträge – Gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten Einreicher: Heiko Kosel | - Hinzufügen ab Zeile 612 | |
| ÄÄ.2.4 | Änderungsantrag – Teilhabe am kulturellen Leben – Sorbische Mitglieder EinreicherInnen: Theresa Schulze, Merka Kosel und Mitglieder der LAG Sorbische Mitglieder | - Anfügen ab Zeile 467 | |
| ÄÄ.2.5. | Ergänzungsantrag – Beschlussvorschlag EinreicherInnen: Antje Feiks, Rico Gebhardt | - Ergänze Beschluss- vorschlag | |
| | Änderungsantrag – diverse Passagen EinreicherInnen: Sprecherrat LAG Hartz IV | - Ersetze Zeilen 319 bis 325 - Ergänze nach Zeile 315 | Abstimmungsalternative B |